

Nassauer Anzeiger



Ämtliches Organ

für die Stadt Nassau und für Bergnassau-Scheuern.
Publikationsorgan für das Amtsgericht Nassau.

Bezugpreis:

Vierteljahr 195 Mk. ohne Bringerlohn.
Erscheint dreimal:
Dienstag, Donnerstag, Samstag.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Tageszeile 25 Pf.
Die Reklamezeile 70 Pf.

Filialen in Bergnassau-Scheuern, Sulzbach, Oberhof, Attenhausen, Schweighausen, Hömberg, Eichenhütte.

Telegramme: Buchdruckerei Nassaulahn.

Fernsprecheranschluß Nr. 24.

Nr. 23.

Druck und Verlag:
Buchdr. Geinr. Müller, Nassau (Bahn).

Dienstag, 25. Februar 1919.

Verantwortung:
Arthur Müller, Nassau (Bahn).

42. Jahrg

Die Durchführung des Waffenstillstandes.

Der Grenzschutz besteht weiter.

Berlin, 18. Februar. Im Zusammenhang mit den in den Waffenstillstandsbedingungen enthaltenen Befehlen zur Einstellung von Offensivmaßnahmen gegen die Polen ist die Frage aufgetaucht, ob nun auch die Werbungen für den Grenzschutz zu schließen seien. Dazu bemerken die Politisch-Parlamentarischen Nachrichten, daß von deutscher Seite das Abkommen gewissenhaft und loyal eingehalten werde, daß der Protest der deutschen Regierung aber keinen Zweifel darüber lasse, daß wir befugt sein müßten, uns jedenfalls zur Wehr zu setzen zur Sicherung der Demarkationslinie und zur Defensiv. Es würde also ein Grenzschutz in gewissem Maße zwingen uns aber die Völkergewalt im Osten und im Baltikum zur Einstellung eines starken und zuverlässigen Grenzschutzes um so mehr, als der Verband selbst die Bekämpfung des Bolschewismus fordert. Es kann daher einstweilen keine Rede sein von einem Abbau oder der Wiedereinstellung der besagten Werbelästigkeit.

Der Beginn der Vorfriedensverhandlungen.

Berlin, 19. Febr. Wie Pariser Blätter melden, hat am Samstag in der französischen Kammer Ministerpräsident Clemenceau erklärt, daß die Präliminariatsverhandlungen am 16. März beginnen werden.

Die Entwaffnung Deutschlands.

London, 19. Febr. Der Korrespondent der Times schreibt aus Paris, man werde von Deutschland fordern, daß es an die Alliierten das gesamte Kriegsgerät ausliefern,

das nicht von einem auf 25-35 Divisionen herabgesetzten Heer benötigt wird. Es wird eine strenge Kontrolle über die Mittel ausgeübt, die Deutschland besitzt, um das Kriegsgerät fortzuführen. Weiterhin wird man vermutlich die Vernichtung aller Werkzeuge, die nur dem Kriege dienen, fordern. Vor der Ausführung dieser Bestimmungen wird die

Besehung des und der Marine-Arsenale unter der einen oder anderen Form für notwendig erachtet. Deutschland wird außerdem sofort die

Schiffe ausliefern

müssen, die in den früheren Waffenstillstandsverträgen genannt, aber noch nicht ausgeliefert sind. Die Alliierten werden darauf die Freigabe der deutschen Flotte indirekt dadurch festlegen, daß sie die internierten deutschen Schiffe in Beschlag nehmen. Ueber das weitere Schicksal dieser Schiffe ist noch kein Beschluß gefaßt. Im Hinblick aber auf den Völkerverbund ist es unumgänglich, die deutschen Schiffe unter die Alliierten zu verteilen. Es steht beinahe fest, daß die deutsche Flotte als altes Eisen verkauft wird.

London, 18. Februar. Reuters Sonderkorrespondent meldet aus Paris vom 18. Februar: Der Hauptvorschlag, der der in Hochs Militärbureau tagenden Waffenstillstandskommission vorgelegt wurde, habe die Herabsetzung der militärischen Stärke Deutschlands auf Friedensstand, der ihm belassen werde, zum Ziele. Man verpasse, für die militärische Stärke ganz Europas eine dauernde Norm festzusetzen, auf die die alliierten Mächte nach der Unterzeichnung des Friedens auch ihre militärische Stärke allmählich herabsetzen würden. Augenblicklich aber müsse man die Zahl der Truppen festlegen, die Deutschland behalten dürfe und auf die es seiner Bestand werde herabsetzen müssen. Zugleich mit der Herabsetzung im Mannschaftebestand und im Kriegsmaterial müsse auch eine entsprechende Verminderung in der Leistungsfähigkeit Deutschlands, Geschütze und Munition zu erzeugen, stattfinden. Diese mußte die Zerstörung oder Umwandlung eines gewissen Teiles seiner Rüstungswerke zur Folge haben. Die Alliierten hätten außerdem die Absicht, auf der

Entmilitarisierung gewisser deutscher Provinzen

zu bestehen, dies bedeute, daß es Deutschland verboten werde, in diesen Gebieten Truppen zu haben. Auf diese Weise könnten den französischen Verordnungen bezüglich des linken Rheinufer und der Sicherheit der Abgrenzung Frankreichs entgegengehalten werden.

eingetroffen. Es wird erwartet, daß die Vorschläge der Mitglieder der Waffenstillstandskommission zu Beginn der nächsten Woche für die Überarbeitung an die Deutschen bereit sein werden.

Die Nationalversammlung.

Weimar, 18. Februar. In der heutigen Sitzung hielt Reichsminister Erzberger hervorgerufen durch die Interpellation Heine und Genossen, die eine Denkschrift über die bisher von der Waffenstillstandskommission gepflogenen Verhandlungen, Auslieferung der deutschen Handelsflotte, Verhandlungen über die Kohlen- und Erzfrage eine längere Rede, in der er sich gegen die Angriffe des Abg. Böglers (D. Vp.) verteidigte.

Zur Bildung des preußischen Kabinetts.

Kein preußischer Staatspräsident.

Weimar, 19. Februar. Innerhalb des preußischen Ministerkollegiums und zwischen ihm und maßgebenden Parteiführern des preußischen Parlaments haben bereits Vorbesprechungen über die Bildung des preußischen Kabinetts stattgefunden. Sie haben die Gelegenheit ergeben, auf einen preußischen Staatspräsidenten zu verzichten, da neben ihm und der großen politischen Macht, die in dem preußischen Staat hinter ihm stünde, der Reichspräsident nur ein Schatten sein würde und eine Personalunion des preußischen Staatspräsidenten mit dem deutschen Reichspräsidenten eine Rekonstruktion der früheren Verhältnisse bedeuten würde. Man beabsichtigt, ein Ministerium von zwölf Sitzen zu schaffen und zwischen den Bürgerlichen und den Sozialdemokraten, vielleicht mit einem kleinen Ueberwiegen der bürgerlichen Seite, zu teilen. Auch Personalfragen wurden besprochen, doch steht hierüber noch nichts Genaueres fest.

Die Wiederherstellung des stehenden Heeres.

Weimar, 20. Febr. Ueber die Wiederherstellung des Heeres haben bereits zwischen den verschiedenen Parteien Besprechungen stattgefunden, die sich bald zu positiven Ergebnissen verdichten dürften. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet, hat das Reichswehrministerium bereits einen Gesetzentwurf über die Bildung eines stehenden Heeres ausgearbeitet, der der nächsten Nationalversammlung als Initiativantrag zugehen wird.

Das Heer soll demnach 150 000 bis 170 000 Mann betragen, nicht einbezogen Offiziere, Unteroffiziere und Militärbeamte. Von einer zwangsweisen Einstellung soll abgesehen werden, da man hofft, genügend Freiwillige zu bekommen. Die Garnisonen sollen so verteilt werden, daß jede Provinz eine Brigade erhält.

Die Offiziere des neuen Heeres sollen gewählt werden, jedoch behält sich das Reichswehrministerium die letzte Entscheidung vor.

Die Versorgung des linken Rheinufer.

Berlin, 20. Febr. Auf Anfrage der Alliierten wegen der Lebensmittellieferung des linksrheinischen Gebietes ist deutscherseits erklärt worden, daß die Rheinprovinz in gleicher Weise wie das übrige Deutschland versorgt wird. Der augenblickliche Mangel an Kartoffeln rühre davon her, daß eine vollständige Eindeckung für den Winter nicht möglich war wegen der schwierigen Transportlage und der Befehle polnischer Landestelle, die für den Aachener Bezirk als Lieferungsbezirk in Betracht kommen. Die Versorgung des Bezirks Aachen mit Eiern und Fett sei nicht schlechter als im rechtsrheinischen Deutschland. Eine Besserung der Versorgung sei nur möglich, wenn von den verbündeten Regierungen die Einführung von Lebensmitteln, besonders von Speck und Hälftenfrüchten, aus Holland, sowie von Heringen aus Norwegen nach Deutschland gestattet werde.

Berlin, 18. Febr. Im Hinblick auf die vielfachen Angriffe, die die Waffenstillstandskommission wegen der neuen Bedingungen erfährt, ist die Feststellung von Interesse, daß auch künftig die Waffenstillstandskommission nicht dem Auswärtigen Amt unterstellt werden wird, und andererseits ist dafür gesorgt, daß der Reichsminister des Innern, Graf Brockdorff, den erforderlichen Einfluß auf die Geschäftsführung der Waffenstillstandskommission erhält, und daß ferner die Nationalversammlung in allen wichtigen Fragen die letzte Entscheidung in der Hand behält. Mit Nachdruck wird

nochmals betont, daß aus der alleinigen Unterschrift des Ministerpräsidenten Scheidemann in der Inkraftsetzung an Erzberger nicht gefolgert werden dürfe, daß Scheidemann die alleinige Verantwortung für den neuen Waffenstillstand trage; vielmehr habe das gesamte Kabinett und die herangezogenen Fraktionsführer sich ausdrücklich auf den Standpunkt Scheidemanns gestellt und damit die Mitverantwortung übernommen. Die Nichtteilnahme der Führer der Deutschen Nationalen Partei und der Unabhängigen wird ausdrücklich als auf einem bedauerlichen Versehen beruhend erklärt.

Zur Sozialisierung des Bergbaues.

Essen, 17. Febr. Die Delegation der Neunkommmission, welche zur Reichsregierung nach Weimar entsandt wurde, ist mit der Anerkennung der Neunkommmission durch die Reichsregierung zurückgekehrt. Deren Verordnungen und Befugnisse bleiben bis zur Einsetzung der Arbeitskammern zu Recht bestehen. Die Dienstbestimmungen für die Steigerrevierärzte werden durch Regierungsverordnungen den Zeichenverwaltungen sofort bekannt gemacht und veröffentlicht werden. Die im Einvernehmen mit den Vertretern der mitteldeutschen Bergarbeiter festgelegten Bestimmungen für die Betriebsräte, bisher Zeichenräte genannt, liegen noch den einzelnen Regierungsressorts zur Kenntnis vor, sie werden ebenfalls schnellstens veröffentlicht werden und in Kraft treten.

Auflösung

des Weimarer A.S.-Rates.

Weimar, 20. Februar. Der Weimarer A.S.-Rat ist aufgelöst und der Führer der hiesigen Unabhängigen verhaftet worden.

Weimar, 20. Febr. Gestern vormittag wurde der bekannte Kommunist Lindmann verhaftet, der seit der Revolution in Weimar tätig und dem dortigen Bezirksdirektor vom A.S.-Rat beigegeben war. Der Haftbefehl gegen Lindmann ist von dem zuständigen Richter erlassen.

Aufhebung der Soldatenräte in Braunschweig.

Braunschweig, 19. Febr. Der Landes-Arbeiter- und Soldatenrat hat der Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Landtagsfraktionen im Prinzip zugestimmt und eine Verfassung beschlossen, wonach auch hier die Reichsgesetze in erster Linie geachtet werden. Sämtliche Volkskommissare und der Präsident Mergen, legten darauf ihre Mandate in die Hände des Arbeiter- und Soldatenrats zurück. Es wird eine sozialistische Regierung auf parlamentarischer Grundlage gebildet, die jedoch nur als ein Notprodukt von kurzer Lebensdauer zu betrachten ist. Vom 1. April an wird es in Braunschweig keine Soldatenräte mehr geben, dagegen bestehen die Arbeiterräte vorläufig weiter, deren Neuwahl auf breiterer Grundlage im nächsten Monat erfolgen wird.

Abgewiesene Forderungen der badischen Soldatenräte.

Karlsruhe, 13. Februar. Der Landesausschuß der badischen Soldatenräte richtete an das Generalkommando des XIV. Armeekorps ein befristetes Ersuchen, worin das volle Kontrollrecht des Ausschusses in Offiziersangelegenheiten, die Befugnis jeder Abteilung des Generalkommandos durch Ausschüsse, die Gegenzeichnung und Mitgenehmigung aller Verfügungen und die Verringerung des Offiziersbestandes gefordert werden. Das Generalkommando lehnte dies ab und beschloß, jeden gewaltsamen Eingriff mit allen Mitteln zurückzuweisen.

Die Rückgabe feindlicher Betriebseinrichtungen.

Weimar, 18. Februar. Der Nationalversammlung ist der Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der Verordnung über die Rückgabe der in Belgien und Frankreich weggenommenen Betriebseinrichtungen vom 1. Februar 1919 zugegangen. Der Entwurf ist bereits auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung gesetzt worden. In der ursprünglichen Verordnung ist die Frist für die Anmeldung der in Belgien und Frankreich beschlagnahmten und nach Deutschland übergeführten Betriebseinrichtungen auf den 20. Februar 1919 festgesetzt worden. Die Frist muß jetzt durch die Vorlage hinausgeschoben werden, weil die deutsche Regierung die von der französischen

und belgischen Regierung zu liefernden Vorlagen der zu druckenden und auszufüllenden Dokumente, die als Meldekarten dienen sollen, noch nicht erhalten hat. Welcher neue Zeitpunkt als letzter Termin für die Anmeldung in Aussicht genommen werden kann, läßt sich noch nicht übersehen. Deshalb wird die neue Frist nicht durch Gesetz bestimmt, sondern das Reichsministerium des Innern wird ermächtigt, die ergänzenden Anordnungen zu treffen.

Opfer im Ruhrrevier.

Mülheim (Ruhr), 18. Febr. Es kam zu wiederholten heftigen Zusammenstößen, bei denen die Regierungstruppen 5 Tote und die Spartakisten 24 Tote hatten. Unter den Gefallenen der letzteren befindet sich auch der Führer der Spartakisten. Die Regierungstruppen haben mehrere hundert Spartakisten gefangen.

Zum Attentat auf Clemenceau.

Paris, 20. Febr. Der Urheber des Attentats auf Clemenceau, Cottin, ist 1896 geboren und französischer Nationalität. Er erklärte, er sei ausgesprochener Anarchist und habe schon ungefähr vor sechs Monaten daran gedacht, den französischen Ministerpräsidenten zu töten, da er ihn für den größten Feind der Menschheit halte. Cottin kaufte vor zwei Tagen einen demobilisierten Soldaten einen Propaganda ab und versuchte in seinem Zimmer die Waffe. So gab er mehrere Schüsse auf das Auto des Ministerpräsidenten ab. Er hatte die Empfindung, daß das letzte oder vorletzte Geschöß Clemenceau getroffen hätte. Ein Vorübergehender hielt hierauf den Mörder, der von der Menge gegeret wurde, bis er den Händen der Polizei übergeben werden konnte.

Clemenceaus Befinden.

Paris, 21. Februar. Havas: Clemenceau verbrachte eine sehr gute Nacht; er ist bei vorzüglichem Appetit. Heute vormittag unternahm er eine Fahrt mit Pichon und General Morbake. Der um 11 Uhr ausgegebene Krankheitsbericht lautet:

„Der gestern nachmittag 1 Uhr aufgetretene Blutauswurf ließ erkennen, daß das Geschöß in die Lunge eingedrungen war. Die Röntgen-Untersuchung stellte genau die Lage der Kugel in der Brusthöhle fest. Allgemeines Befinden sehr befriedigend.“

Rotterdam, 22. Februar. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus Paris, daß der Sohn Clemenceaus zu seinem Vater gerufen wurde. Nach dem letzten Bericht ist der Zustand des Ministerpräsidenten ernst.

Ministerpräsident Eisner

München, 21. Februar. Heute vormittag wurde der Ministerpräsident Eisner auf dem Wege vom Ministerium des Innern nach dem Landtagsgebäude in der Prannerstraße von Leutnant Graf Otto-Walley durch zwei Kopfschüsse von hinten getötet. Der Täter wurde durch einen Posten schwer verletzt und liegt im Sterben.

Weimar, 21. Februar. Meldungen aus München zufolge ist dort eine Räteregierung rein bolschewistischer Natur gegründet worden. Für drei Tage wurde der Generalstreik proklamiert. Sämtliche Zeitungsgebäude und öffentlichen Gebäude sind besetzt.

Die Landtagssitzung.

München, 21. Febr. Ein ausführlicher Bericht meldet: Gegen 11 Uhr wurde die Sitzung im Landtag wieder aufgenommen. Die Abgeordneten hatten sich wieder vollständig eingefunden, auch die Zuhörertribünen waren besetzt. Der Minister des Innern Auer erhob sich zu einem Nachruf für Eisner.

Auf dem Hause lag eine gedrückte Stimmung, und tiefe Bewegung ging durch alle Bänke. Dr. Sälthelm (Sd.) beantragte die Sitzung zu vertagen und die Einderufung der nächsten Sitzung dem Alterspräsidenten zu überlassen. (Zustimmung.)

Als darauf eben der Abg. Dieckhoff (Vp.) eine Erklärung seiner Partei abgeben wollte und vorwärts zum Referentenpult trat, fiel plötzlich ein Revolvergeschuß. Der Abgeordnete demütigte sich eine große Panik. Weitere Schüsse fielen vom Eingang her und von der Zuhörertribüne. Die Abgeordneten flüchteten durch alle Türen aus dem Saal. Der Vorhang an einer Eingangstür wurde aufgerissen und herein stürzte ein Mann, der mit erhobenem Revolver weitere Schüsse in der Richtung auf den Ministertisch abgab. Mi-

nister Auer sank plötzlich von einem Schusse in die linke Brustseite getroffen zusammen. Abg. Oel wurde tödlich von einer Kugel getroffen. Zwei Militärärzte erhielten schwere Schussverletzungen. Minister Frauenborffer und Hoffmann, sowie Abgeordnete der sozialdemokratischen Fraktion bemühten sich zunächst um Auer. Die Verletzung ist schwer. Sanitätspersonal leistete die erste Hilfe.

Koblentz, 18. Febr. Ein Befehl des Kommandierenden Generals der Dritten Armee der Vereinigten Staaten verbietet, zum Dienst im deutschen Heere oder in einem Freiwilligenkorps oder in einer Abteilung Leute anzunehmen oder einzuberufen, die in dem amerikanisch besetzten deutschen Gebiet wohnen. Die Veröffentlichung von Notizen in den Zeitungen, das Ankleben von Plakaten, das Senden von Briefen und Telegrammen in Verbindung hiermit ist verboten. Personen, die als Fahnenflüchtige des deutschen Heeres in dem von Amerikanern besetzten Gebiet mit falschen Pässen oder ohne die notwendigen Demobilisationspapiere Einlass gefunden haben, werden durch den Generalstabschef des Brückenkopfbereichs Koblentz kontrolliert. Der Kommandierende General entscheidet, ob die Personen im besetzten Gebiet bleiben dürfen, oder nach dem unbefestigten Deutschland zurückgeschickt oder interniert werden.

Koblentz, 18. Febr. 480 unbewaffnete amerikanische Soldaten unter dem Befehl von 60 Offizieren der Ersten und Zweiten Armee fuhren im Sonderzug am Samstag Abend auf der Reise nach Berlin hier durch. Von Berlin aus werden sie nach den russischen Gefangenenlagern geschickt werden, um eine gute Behandlung der Gefangenen sicherzustellen. Jedes Lager wird den Besuch von 3 Offizieren und 24 Mann erhalten.

Von Nah und Fern.

Nassau, 24. Februar. Gestern war Seine Excellenz der Armeekommandant General Mangin in Nassau anwesend.

Neue Eisenbahnfahrpreise.

Ab 1. April werden die Personenzugfahrpreise erster bis vierter Klasse um 100, 40, 30 und 25 Proz. erhöht. Die Ergänzungsgebühr fällt bei Schnellzügen fort. Neben dem Personenzugpreis werden dann Schnellzugzuschläge bis 75 Km. erster und zweiter bzw. dritter Klasse 2 bzw. 1 M., bis 150 Km. 4 bzw. 2 M., über 150 Km. 6 bzw. 3 M. erhoben. Für den Nahverkehr mit Schnellzügen wird ein Mindestfahrpreis von 17 M. für erste Klasse, 10 M. für zweite Klasse und 5 M. für dritte Klasse festgesetzt. Eine Erhöhung der Fahrpreise der Arbeiter-, Schüler- und Monaristenkarten tritt nicht ein; bei letzteren fällt die eingerechnete 50proz. Ergänzungsgebühr fort. Militär zahlt voraussichtlich außer dem seit April 1918 eingeführten 10proz. einen weiteren 20proz. Zuschlag. Zusammenge stellte Fahrtscheine gibt es vorerst nicht mehr. Der Bundesfahrpreis wird um 20 Proz. erhöht. Bei Gepäck und Expressgut entfällt der doppelt Frachtag, es werden 50 Proz. Zuschlag erhoben. Die Beschränkung des Einzelsacks von 50 Kg. fällt fort.

Wiesbaden, 19. Febr. Herr Karl Fr. Eichenberg, hier, teilt uns mit, daß er nicht indisch ist mit Herrn Sanitätsrat Dr. med. Friedrich Eichenberg, Adolfsallee 47, welcher vor kurzem wegen Verleumdung einer Belgierin, die er mit den Worten „Stückfranzösin“ beschimpfte, zu 6 Monaten Gefängnis, 500 Mark Geldstrafe und 5 Mark Entschädigung verurteilt wurde.

Bonn, 19. Febr. Der Rektor der Universität gibt im Auftrage der britischen Behörde bekannt, daß Messuren mit scharfen Waffen, Zweikämpfe, Waffentragen, sowie das Tragen von bunten Mützen und studentischen Abzeichen verboten sind.

Goldne Worte.

Sagen sie ihrem Herrn, daß große Staaten durch den Kopf, nicht durch das Herz regiert werden.

Napoleon I. zum Generalen Alexanders von Rußland.

Der erste Kulturmenschen war jener, der zuerst arbeitete. Die Arbeit, die materielle Arbeit, erheischt zuerst Tätigkeit des Geistes und mit ihrer Entwicklung mußte auch diese sich steigern. Wir gewahren in der Arbeit die erste kulturhistorische, zugleich aber auch die erste volkswirtschaftliche Tat, indem sie als die Bekämpferin der Not auftritt.

Fr. v. Hellmuth

Nur die Völker, die Entdeckungen machen, haben eine Zukunft der Kultur!

Kuerbach.

Heil jenem Manne, welcher fern vom Markt der Dem Urgeschlecht der Menschen gleich [Weil, Sein väterliches Feld mit eignen Sätern baut. Horaz.

Bekanntmachung.

Auf die in Nr. 39 des Amtlichen Kreisblattes veröffentlichte und im Rathaus ausgehängte Verordnung des Kreisaußschusses des Unterlahnkreises vom 10. Februar 1919 betr. die Regelung des Verkehrs mit Eiern wird hingewiesen.

Nassau, 23. Febr. 1919.

Der Bürgermeister:
Gasenclever.

Fft. Marmelade, kartonfrei,
empfiehlt J. W. Kuhn, Nassau.

Bekanntmachung.

An die Zahlung der Staats- und Gemeindefeuer für das 4. Vierteljahr und der Wassersteuer für das 3. Vierteljahr 1918 wird erinnert.

Das kostenpflichtige Beitreibungsverfahren beginnt am 25. d. Mts.

Nassau, 20. Februar 1919.

Stadtkasse.

Ein Paar lange Stiefeln, Größe 42, zu verkaufen.

Wo? sagt der Nassauer Anzeiger.

Verschönerungs- u. Verkehrsvereine e. V. Nassau (Lahn).

Hauptversammlung

am **Mittwoch, den 19. März 1919, nachmittags 6 Uhr**, in der Gastwirtschaft zum Stern (Christian Schulz).

Tagesordnung:

1. Jahresbericht 1918.
2. Rechnungslegung 1918 und Entlastung des Vorstandes.
3. Haushaltsplan für 1919.
4. Neuwahl des Vorstandes und zweier Rechnungsprüfer.
5. Anträge und Wünsche.

Etwaige Anträge sind nach § 10 der Satzungen dem Vorsitzenden, Herrn Forstmeister Müller, bis zum 9. März einzureichen.

Der Vorstand.

Im freiwilligen Auftrage versteigere ich:

Donnerstag, den 27. Februar, vormittags 10 Uhr,

Lohnstraße 2, nachfolgende Möbel und Gegenstände:

3 vollständige Betten, 2 Kleiderschränke, 3 Nachtschränke, 1 Waschkommode mit Spiegel, 1 großer Kristallspiegel mit Untersatz, 1 Tisch, 6 Stühle, 2 Sofa, 1 Plurgarde, 1 Wäschemangel, 1 Sekretär, verschiedene Bilder, 1 Teppich gegen Barzahlung.

Wilhelm Hermann.

Suche zu Ostern für mein Detail- und Engros-Geschäft

1 tüchtiges Lehrmädchen

Ab. Rosenthal, Nassau.

Todes-Anzeige!

Heute Samstag Morgen 6 Uhr entschlief sanft nach kurzer Krankheit, im Alter von 31 Jahren, meine liebe, unvergessliche Frau, unsere gute, treusorgende Mutter, meine liebe, unvergessliche Tochter u. Schwester

Amanda Lehmann,

geb. Krieger.

Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Hinterbliebenen:
Wilhelm Lehmann und Familie Krieger.

Elisenhütte, 22. Februar 1919.

Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 2½ Uhr, von der Obernhofersstrasse aus, statt.

Danksagung!

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Tode meiner lieben Mutter

Frau Pfarrer Hermann Auler,

geb. Alwine Anthoni,

für die Kranzspenden und Herrn Pfarrer Lic. Fresenius für seine Grabrede, allen herzlichsten Dank.

Das in Trauer hinterbliebene einzige Kind:

Frau Gertrud Auler, geb. Auler.

Nassau, 20. Februar 1919.

Gesucht zum 1. März ein

zuverl., saub. Zweitmädchen.

Haus Lahnberg, Bergnassau.



Zur silbernen und goldenen Hochzeit empfehle

Kaffeeservice, Brotkörbe, Tassen

in geschmackvoller Ausführung

Reichhaltiges Lager in

Porzellan und Glas, Waschgarnituren, Essservicen.

Neue Sendung in

Kaffeemühlen,

Holz u. Blech, verschiedene Preislagen eingetroffen.

Sturmlaternen,

gute Qualität, empfiehlt

Porzellan.



Albert Rosenthal, Nassau.